

1. Es begann mit der sozialen Marktwirtschaft

Im Westen gab es Vorbehalte gegen die freie Marktwirtschaft liberaler Prägung. Mit der Forderung nach absoluter Vertragsfreiheit, uneingeschränktem Wettbewerb, völlig freiem Spiel von Angebot und Nachfrage und der Ablehnung staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen gab die liberale Marktwirtschaft dem Grundsatz des "Laissez-faire" Vorrang.

Der eigentliche Anstoß zur Überbrückung dieser fundamentalen Gegensätze ging 1948 von dem Nationalökonom Walter Eucken aus, der als Vertreter der Freiburger Schule als geistiger Vater der "sozialen Marktwirtschaft" angesehen wird. Gleichzeitig gingen in westdeutschen CDU-Kreisen, insbesondere von Prof. Ludwig Erhard und Prof. Müller-Armack Initiativen aus, die entscheidende Korrektive für die soziale Marktwirtschaft vorschlugen. Die angepeilte soziale Marktwirtschaft erhielt damit eine andere, höhere Qualität. Ihre Grundlage war nicht allein das Ja zur Vertragsfreiheit und zum Wettbewerb. Sie wurde darüber hinaus in einen vom Gesetzgeber vorgegebenen Rahmen hineingestellt, der Wettbewerbsbeschränkungen durch Monopole und Kartelle zu verhindern suchte. Sie erhielt außerdem eine gesellschaftspolitische Dimension, die die unter sozialen Gesichtspunkten erforderlichen Korrektive unter anderem bei der Einkommensverteilung und der sozialen Absicherung einführte und der liberalen Marktwirtschaft sozial gerechte Schranken auferlegte.

Damit war gleichzeitig das Startzeichen für das spätere deutsche Wirtschaftswunder gegeben. Zunächst allerdings stieß die Einführung der sozialen Marktwirtschaft auf den erbitterten Widerstand der Anhänger der Planwirtschaft und des Dirigismus, auf politischer Ebene genauso wie im Lager der Gewerkschaften. Sie löste harte, bis zum Generalstreik reichende Auseinandersetzungen aus, bevor letzten Endes die Einsicht die Oberhand gewann.